

**Gemeinsam stark sein: Das demonstrierten Frauen wie hier in Chicago wie in vielen anderen Städten der USA im Herbst 2016. Der DFD wollte die Interessen aller Frauen gegenüber der Staatsführung der DDR vertreten**

Der Demokratische Frauenbund (dfb e.V.) ist ein gemeinnütziger Verein, der in allen ostdeutschen Bundesländern mit sozialen und politischen Projekten präsent ist. Er hat gegenwärtig reichlich 2.600 Mitgliedsfrauen und ist die Nachfolgeinstitution der einzigen DDR-Frauenorganisation, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, DFD. Die Organisation wurde vor 70 Jahren, vom 7. bis 9. März 1947, in Ostberlin gegründet und hatte im November 1988 rund 1,5 Millionen Mitglieder. Ein Jahr später übersetzten Kritikerinnen aus dem neu gegründeten Unabhängigen Frauenverband (UFV) das Kürzel mit »dienstbar – folgsam – dumpf«.

Um historisch gerecht an den DFD zu erinnern, muss das gesellschaftliche Konzept, nach dem der sozialistische Staat funktionieren sollte, zur Kenntnis genommen werden. Innerhalb der Menschenrechtsbewegungen der vorausgegangenen Jahrhunderte – Antikolonialismus, Antirassismus, Frauen- und Arbeiterbewegung – orientierte der Sozialismus des 20. Jahrhunderts vor allem auf Gerechtigkeit durch Überwindung der Klassenschranken. Eine spezielle Antwort auf die Frauenfrage schien nicht notwendig zu sein, hatte doch Friedrich Engels mit Bezug auf die Matriarchatsforschung des 19. Jahrhunderts festgestellt, dass die erste Klassenunterdrückung zusammenfiel mit der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts durch das männliche. Und August Bebel hatte daraus geschlossen, dass mit der Klassenherrschaft auch die Herrschaft des Mannes über die Frau endet. Insofern hatte die »Ankettung« der Frauenfrage an die Klassenfrage (die westliche Linke sprach vom Haupt- und Nebenwiderspruch) ihre Berechtigung. Bis zum Ende der DDR blieb offiziell unwidersprochen, dass die Differenz zwischen Männern und Frauen zu vernachlässigen ist im Vergleich zur Differenz zwischen Kapital und Arbeit. Genaugenommen passte in dieses Konzept keine Frauenorganisation. In der Sowjetunion gab es auch keine, hier wurde lediglich das »Komitee der Sowjetfrauen« gegründet, das auf höchster Ebene arbeitete und bei Bedarf die Frauen des Landes vertrat, das aber keinen Unterbau in der ganzen Union hatte.

**Ursula Schröter, Jahrgang 1941, Mathematikerin und Soziologin in Berlin, ist stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V., Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 1991 Publikationen zur Frauen-, Familien- und Bildungspolitik der DDR und zu deren Nachwirkungen bis in die Gegenwart.**

**Zum Weiterlesen:**  
– Ursula Schröter, Renate Ullrich, Rainer Ferchland: **Patriarchat in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in DFD-Dokumenten, DEFA-Dokumentarfilmen und soziologischen Befragungen.** Karl Dietz Verlag, Berlin 2009  
– Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen (Hrsg.): **Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949.** Trafo Verlag, Berlin 1996  
– Autorenkollektiv: **Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands.** Verlag für die Frau, Leipzig 1989  
– Helga E. Hörz: **Der lange Weg zur Gleichberechtigung. Die DDR und ihre Frauen.** Trafo Verlag, Berlin 2010  
– Rita Pawlowski: **Wieso, weshalb, warum? – Der gescheiterte Aufbruch der Frauen.** In: **Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.): Soviel Anfang war nie?! Nach dem Kriegsende in Berlin 1945.** Berlin 2016, S. 114–123, online verfügbar: [kurzlink.de/pawlowski](http://kurzlink.de/pawlowski)

### Grundkonsens Antifaschismus

Meine These: Den DFD hätte es nicht geben müssen. Es gab ihn aber. Und das hatte damit zu tun, dass die Differenz zwischen Männern und Frauen in der Realität im Nachkriegsdeutschland eben doch nicht zu



## Eine für alle

Mehr als »dienstbar – folgsam – dumpf«: Vor 70 Jahren wurde der Demokratische Frauenbund Deutschlands gegründet. **Von Ursula Schröter**

vernachlässigen war. Das betraf nicht nur den quantitativen Unterschied, den kriegsbedingten Männermangel, der »Frauenüberschuss« genannt wurde. Das betraf auch die spezifisch weiblichen Verhaltensweisen, die in der feministischen Forschung »dissident« heißen und die in der bisherigen Menschheitsgeschichte immer nach politischen Katastrophen dafür gesorgt haben, dass das Leben weitergeht. Es waren Frauen und nicht nur Arbeiterinnen, die unmittelbar nach Kriegsende mit lebensnotwendigen Arbeiten begannen. Die legendäre Trümmerfrau gehörte genauso dazu wie Frauen, die sich in Nähstuben trafen und aus Soldatenmänteln Kinderkleidung machten. Aber auch für Verwaltungsaufgaben standen Frauen zur Verfügung, und sie brachten einen anderen Blick auf Politik mit. Folgerichtig entstanden nicht-traditionelle politische Strukturen wie die Antifaschistischen Frauenausschüsse, nur verbunden durch den sogenannten Friedenskonsens. Sie entstanden nachweisbar

in allen vier Besatzungszonen. Sie stellten sich unterschiedliche Aufgaben, die aber in jedem Fall mit dem alltäglichen Überlebenskampf in der jeweiligen Region zusammenhingen. Es gab keine höhere öffentliche Instanz, die die Aufgaben der Frauenausschüsse definierte, und – abgesehen von den Militärregierungen – keine, die sie kontrollierte.

Die »Stunde der Frauen« war vorüber, als viele Kriegsgefangene zurückkehrten und ihre angestammten Plätze beanspruchten bzw. als sich zunächst die britische und amerikanische, später auch die französische Zone wirtschaftlich vereinigten. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde auch die Frauenfrage wieder bewusst – und wieder zweitrangig. Sicher ist es kein Zufall, dass gerade in dieser Zeit der Wunsch vieler Frauen nach einer einheitlichen Organisation, nach verlässlichen Strukturen immer deutlicher wurde. Die historischen Dokumente, die heute im Bundesarchiv lagern, belegen die verschiedenartigen Vorstellungen wie auch die Auseinandersetzungen um deren Funktionen und Ausrichtung. So ist ein Schreiben von Maria Weiterer, Frauenabteilung des SED-Parteivorstandes, vom Dezember 1946 dokumentiert. Darin heißt es: »Das Bestreben und der Wunsch nach einer Frauenorganisation ist sowohl bei den bürgerlichen wie sozialdemokratischen wie auch kommunistischen Frauen gleich stark (...). Wichtig ist, dass unsere Parteigenossen nicht von sich aus einfach eine solche Organisation zu gründen versuchen, sondern dass man geschickte Frauen (damit) beauftragt.« Ganz sicher hatte Maria Weiterer Gründe für ihre Befürchtung, dass »unsere Parteigenossen« die Sache in die Hand nehmen könnten.

### Zunächst parteiunabhängig

Wie die Entwicklung bis zur Gründung des DFD im einzelnen vor sich ging, welche Vorstellungen es zum Umgang mit den Frauenausschüssen gab, warum er in den westlichen Zonen erst 1950 seine Arbeit aufnehmen konnte, all das muss an anderer Stelle nachgelesen werden. Hier soll lediglich festgehalten werden, dass er als parteiunabhängige gesamtdeutsche Organisation konzipiert und erklärtermaßen auf die Erhaltung des Friedens, die Einheit Deutschlands und die Gleichberechtigung der Frau orientiert war. Im März 1947 ge-

lobten die mehr als 800 Delegierten der Gründungsversammlung im Berliner Admiralspalast, »in schwesterlicher Verbundenheit über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg zu helfen, Militarismus und Faschismus völlig auszumerzen und das Sehnen der Menschheit nach dauerhaftem Frieden zu verwirklichen«.

Der Begriff »schwesterliche Verbundenheit« ist nach meiner Kenntnis in keinem anderen offiziellen DDR-Dokument zu finden, statt dessen immer häufiger die »brüderliche Verbundenheit«. Hier ging es aber bekanntlich nicht um ein ehrliches Bekenntnis zur dominierenden Männersicht, sondern der Begriff »Brüder« wurde als Synonym für »solidarisch verbundene Menschen« verwendet, Frauen waren also mit gemeint. Die schwesterliche Verbundenheit meinte Männer nicht mit, sondern ermunterte die Frauen, nach den Erfahrungen der Hitlerzeit »den Männern die Politik nicht noch einmal allein zu überlassen«.

Insofern sind die Probleme, die der DFD mit der führenden Partei der DDR hatte bzw. sie mit ihm, in der Geburtsstunde der Organisation angelegt. Indizien für die Schwierigkeiten sind der häufige Führungswechsel in den Anfangsjahren; die Bildung von DFD-Betriebsgruppen ab Oktober 1947 und ihre spätere Auflösung; die Bildung von unabhängigen Frauenausschüssen ab Januar 1952 und ihre spätere Überführung in gewerkschaftliche Strukturen; die Durchführung von zentralen Frauenkongressen ab 1964 und die spätere Entscheidung, solche Kongresse »nicht zur ständigen Praxis« werden zu lassen; schließlich 1964 die formale Verabschiedung des DFD von seinen Wurzeln in parteipolitischer Neutralität.

Heute können wir mit der Weisheit einer Niederlage auf die Vergangenheit schauen. Heute wissen wir, dass das theoretische Konzept der Auflösung der Widersprüche zwischen den Geschlechtern mit der der Klassengegensätze schon seit den 1980er Jahren als widerlegt galt. In der anthropologischen Forschung ist inzwischen unumstritten, dass Frauenunterdrückung in der Menschheitsgeschichte sehr viel früher entstanden ist als Klassenunterdrückung. Oder anders: Heute wissen wir, dass es ein sozialistisches Patriarchat geben konnte. Ein guter Ausgangspunkt, um im kapitalistischen Patriarchat weiter über schwesterliche Verbundenheit nachzudenken.

ANZEIGE

### Cubas Frauen in der Offensive

Aus sexistischer, rassistischer, religiöser und ausbeuterischer Erniedrigung in der vorrevolutionären Gesellschaft heraus haben die Cubanerinnen einen langen Weg zurückgelegt. Sie haben die Politik der Gleichstellung und den Zugang zur Bildung bestens genutzt: 2/3 aller Positionen in den hochqualifizierten juristischen, technischen und akademischen Berufen sind heute von Frauen besetzt. Ihre ca. 4 Millionen Mitglieder starke Interessenvertretung ist die Frauenföderation (FMC). Die Teilung der Arbeit in der Familie ist Gesetz und in den Parlamenten wurde die Parität der Geschlechter umgesetzt. Die Mütter- und Kindersterblichkeit befindet sich unter den niedrigsten weltweit.



Auch die über eine Million Köpfe zählende Volksmiliz besteht zur Hälfte aus Frauen. Das Militär ist defensiv auf Landesverteidigung ausgerichtet. Doch falls der imperialistische Aggressor den Konflikt will, wären sie es, die neben der Unabhängigkeit des Mutterlandes sehr viel zu verlieren hätten!

Infos: [netzwerk-cuba-nachrichten.de](http://netzwerk-cuba-nachrichten.de) und [netzwerk-cuba.de](http://netzwerk-cuba.de)

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.  
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin  
Info@netzwerk-cuba.de  
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:  
Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

**NETZWERK CUBA**  
- informationsbüro - e.V.